

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 2. Tagung
23./24. April 2021

Antrag D1

Antragsteller*innen: Horst Arenz (AG Mietenvolksentscheid), Hanno Bruchmann (Delegierter für die LAG Städtebau und Wohnungspolitik), Elif Eralp (Delegierte Friedrichshain-Kreuzberg), Katalin Gennburg (MdA), Katharina Mayer (Sprecherin LAG Städtebau und Wohnungspolitik), Niklas Schenker (Sprecher LAG Städtebau und Wohnungspolitik), Moheb Shafaqyar (Delegierter Friedrichshain-Kreuzberg), Moritz Warnke (Mitglied im Landesvorstand, Delegierter für Treptow-Köpenick)

Unterstützer*innen: Katina Schubert (MdA, Landesvorsitzende), Sebastian Koch (Landesgeschäftsführer), Pascal Meiser (MdB, stellv. Landesvorsitzender, Bezirksvorsitzender Friedrichshain-Kreuzberg und Delegierter), Annetta Juckel (Landesschatzmeisterin und Delegierte für Charlottenburg-Wilmersdorf), Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg, Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf, Lucia Schnell (Delegierte für Neukölln), Ruben Lehnert (Delegierter für Neukölln), Moritz Wittler (Mitglied des Landesvorstands, Delegierter für Neukölln), Kerstin Wolter (Bezirksvorsitzende Friedrichshain-Kreuzberg und Delegierte), Hannes Retzlaff (Delegierter für Friedrichshain-Kreuzberg), Felicitas Karima (Delegierte für Charlottenburg-Wilmersdorf), Johannes Kolleck (Delegierter für Charlottenburg-Wilmersdorf), Anne Zetsche (Delegierte für Charlottenburg-Wilmersdorf), Pia Imhof-Speckmann (Delegierte für Steglitz-Zehlendorf), Franziska Brychcy (Delegierte für Steglitz-Zehlendorf), Marcus Otto (Steglitz-Zehlendorf), Stefanie Wagner-Boysen (Delegierte für Marzahn-Hellersdorf), Janek Neuendorf (Delegierter für Friedrichshain-Kreuzberg), LAG Hartz-IV, Michael Efler (MdA, Charlottenburg-Wilmersdorf), Kristian Ronneburg (MdA, Delegierter für Marzahn-Hellersdorf), Martha Kleedörfer (Delegierte für Mitte), Christoph Keller (Delegierter für Mitte), Ellen Brombacher (Delegierte für Mitte), Ulas Tekin (Delegierter für Mitte), Annegret Gabelin (Delegierte für Lichtenberg), Hendrikje Klein (MdA, Delegierte für Lichtenberg), Ronald Busch (Delegierter für Lichtenberg), Robert Irmscher (Delegierter für Reinickendorf), Valeria Lucero Reimann Salazar (Delegierte für Linksjugend solid), Janine Walter (Delegierte für Pankow), Lars Klinkmüller (Delegierter für Pankow)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Regelungen des Berliner Mietendeckels müssen trotz des Karlsruher Urteils für die landeseigenen Wohnungsunternehmen weiterhin gelten!

Die rot-rot-grüne Koalition hatte sich auf einen Mietendeckel für die ganze Stadt verständigt – er sollte bis mind. 2024 gelten. Der Mietendeckel wurde mit einem Urteil vom Bundesverfassungsgericht gekippt – nicht inhaltlich, jedoch wurde dem Land Berlin die Regelungskompetenz abgesprochen. Es droht eine massive Verschlechterung für die Berliner Mieterinnen und Mieter, wenn jetzt wieder die überhöhten Mieten ohne Mietendeckel gezahlt werden müssen.

DIE LINKE Berlin fordert alle Vermieterinnen und Vermieter in der Stadt auf, sich weiterhin an die Regelungen des Mietendeckels zu halten und auch keine evtl. möglichen Nachzahlungen von den Mieterinnen und Mietern zu verlangen – die durch den Mietendeckel gewährte Atempause vom Mietenwahnsinn braucht es in der Pandemie dringender denn je.

Mit den Sicher-Wohnen-Hilfen fängt Berlin soziale Härten für Mieter:innen weitgehend ab. Außerdem verzichten die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) auf Nachzahlungen.

Darüber hinaus sollte das Land Berlin beispielhaft voran gehen, in dem die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) dazu angehalten werden, dass sie – so wie noch vor dem Urteil geplant – die Regelungen des Mietendeckels auch bis mind. 2024 einhalten.

Begründung:

Die bisherigen Finanzplanungen der LWU haben ohnehin mit den Regelungen des Mietendeckels kalkuliert. Die zu 100% in öffentlicher Hand befindlichen LWU sollten an den demokratischen Willen des Parlaments gebunden sein, das den Mietendeckel beschlossen hat. Nur weil das Land Berlin mit dem Urteil aus Karlsruhe nicht die Gesetzgebungskompetenz für eine Regelung für den gesamten Mietmarkt zugesprochen bekommen hat, sind die Regelungen des Mietendeckels deshalb nicht über Nacht schlecht oder sinnlos geworden – im Gegenteil. Die Berliner Mieterinnen und Mieter brauchen diese Atempause. Die Landesregierung sollte sie überall dort aktiv gewähren, wo sie dies kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Die reguläre Antragsfrist war der 26.3.21, das Urteil vom Bundesverfassungsgericht wurde erst danach, nämlich am 15.4.21 veröffentlicht. Es ist gut, richtig und wichtig, dass DIE LINKE sich zu dieser kurzfristig und neu aufgetretenen Situation auf dem Landesparteitag positioniert, auch um den eigenen Akteuren im Senat für die weiteren Beratungen den Rücken zu stärken.